

Umfahrung Gaster ist nicht «dringlich»

St. Gallen. – Eine Interpellation der SVP, die eine rasche Realisierung der Umfahrung Gaster fordert, ist gestern vom Kantonsrat als nicht dringlich eingestuft worden. Nachdem Rapperswil-Jona am Sonntag die Tunnelvorlage abgelehnt hatte, wollte die SVP die Umfahrung A53 bei Kaltbrunn als dringlich erklären lassen. «Wir bitten den Kantonsrat heute um ein Zeichen», sagte Marianne Steiner von der SVP. «Es gibt 44 Reserveprojekte, die anstatt des Tunnels vorgezogen werden könnten», erklärte Baudirektor Willi Haag. Er versprach dem Kantonsrat eine Gesamtübersicht vorzustellen. Die Gasterumfahrung könne nicht ohne Berücksichtigung anderer Reserveprojekte betrachtet werden. Mit 63 zu 42 Stimmen lehnte der Kantonsrat die Dringlichkeit der Interpellation ab. Die Regierung wird nun voraussichtlich bis zur Novembersession die Interpellation beantworten. (mal)

Verwirrung bei der Spitalplanung

St. Gallen. – Der St. Galler Kantonsrat hat am Dienstag in erster Lesung das Gesetz über die Spitalplanung und Spitalfinanzierung durchberaten. Ob die Regierung oder das Parlament abschliessend für die Spitalisten zuständig sein wird, muss noch rechtlich abgeklärt werden. Der Rat brachte sich am Montag in der Diskussion über das Gesetz in eine Patt-Situation, in dem er zwei sich widersprechende Entscheide fällte: In einer ersten Abstimmung übertrug er die Zuständigkeit dem Parlament, in einer zweiten billigte er sie jedoch bei der Regierung.

Kantonsratspräsident Karl Güntzel informierte dann am Dienstag, dass das Ratspräsidium die vorbereitende Kommission beauftragt hat, vor der zweiten Lesung rechtlich abklären zu lassen, ob der Kantonsrat überhaupt zuständig sein darf, bei der Spitalisten das letzte Wort zu haben. Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann ist der Ansicht, dass die Regierung zuständig ist, so wie dies gegenwärtig in 20 Kantonen der Fall sei. (sda)

«Jetzt weiss jeder, dass man alleine etwas bewegen kann»

Die Rebellin gegen das Rauchverbot, Silvia Bürgi aus Schänis, ist im Freudentaumel. Der Kantonsrat hat jetzt entschieden: Die Regierung in St. Gallen muss das Rauchverbot entschärfen.

Von Willi Meissner

Schänis/St. Gallen. – Die SMS löst bei Silvia Bürgi einen Freudenschrei aus. «Motion angenommen! 55 zu 51 Stimmen», schreibt ihr SVP-Kantonsrat Christopher Chandiramani gestern Vormittag. Der Kantonsrat entschärft damit das kantonale Rauchverbot.

Silvia Bürgi, die ehemalige Beizerin des «Schwert» in Schänis, hat damit einen Sieg errungen. Monatelang kämpfte die Wirtin gegen eine Busse. Sie hatte im Februar einem Gast einen Kaffee ins Fumoir gebracht – und wurde vom einem Inspektor erlappt. Lieber wollte sie ins Gefängnis, als die Busse zu zahlen.

Angriff auf das Rauchverbot

Als die «Südostschweiz» über den Widerstand der Schänner Wirtin berichtete, wurde SVP-Kantonsrat Christopher Chandiramani aus Rapperswil-Jona auf sie aufmerksam. Prompt attackierte er im Kantonsrat das Rauchverbot. Er kritisierte die Verhältnismässigkeit, dass ein Kaffee ins Fumoir bis zu 1000 Franken kosten sollte.

Gestern war dann, nach fast einem halben Jahr, der Tag der Entscheidung. Ergebnis: Der Kantonsrat erteilt der Regierung den Auftrag, das Rauchverbot zu entschärfen. Die Bedienung der Gäste im Fumoir muss wieder erlaubt werden. Vorausgesetzt, das Servierpersonal erklärt sich dazu bereit.

Zu später Sieg für Schänner Wirtin

Für Bürgi kommt der Entscheid zu spät. Das «Schwert» in Schänis ist mittlerweile geschlossen. Wegen Geldsorgen und gesundheitlichen Problemen musste sie ihre Beiz aufgeben.

Das «Schwert» steht zum Verkauf.



Glücklich: Silvia Bürgi kann endlich wieder lachen.

Bild Willi Meissner

Bürgi verdient ihr Geld nun als Teilerntkraft beim Entsorgungspark Mahr in Benken sowie als Haushälterin auf Abruf. Trotzdem: «Ich freue mich

wahnsinnig», sagt Bürgi. Nun wisse jeder, dass man auch alleine etwas bewegen könne. «Ich weiss, dass es ohne die Unterstützung von Herrn Chandi-

ramani nicht geklappt hätte», sagt sie. Aber das Gefühl, mit dem eigenen Widerstand etwas im Kanton verändern zu können, sei gewaltig.

Widerstand gegen Entschärfung

Die erfolgreiche Motion stösst nicht überall auf Zustimmung. Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann zeigt sich erstaunt über den Kantonsratsentscheid. «Die Bevölkerung hat sich vor noch nicht langer Zeit klar für das Gesetz Schutz vor Passivrauch ausgesprochen.» Diesen demokratischen Entscheid schon wieder in Frage zu stellen, findet Hanselmann heikel.

Zudem sei es offenbar trotz des strikten kantonalen Rauchverbots noch attraktiv ein Restaurant zu führen. Heute gebe es mehr Restaurants, als noch vor dem Rauchverbot. Im Kantonsrat wurde die Referendumsdrohung laut Hanselmann bereits platziert. Die Gesundheitsdirektorin rechnet mit Widerstand gegen die Entschärfung des Rauchverbots.

Bei der Lungenliga St. Gallen etwa ist man gar nicht erfreut über den gestrigen Entscheid des Kantonsrates. «Die Motion stellt den Volkswillen infrage», sagt Ursula Drechsler, Leiterin Tabakprävention bei der Lungenliga St. Gallen.

Das Stimmvolk habe sich mit 59 Prozent deutlich für einen konsequenten Schutz vor Passivrauchen im Kanton St. Gallen ausgesprochen. Dieser werde nun in der Gastronomie wieder verwässert, kritisiert Drechsler.

Aus gesundheitlicher Sicht sei der Entscheid des Kantonsrates ein Rückschritt, so Drechsler. Der Schutz vor Passivrauchen wirke sich laut mehreren Studien positiv auf die Gesundheit der Bevölkerung aus.

Ob die St. Galler Regierung das Rauchverbot schnell entschärft, ist noch offen. Bereits im nächsten Jahr könnte die Schweiz über ein Raucher-gesetz abstimmen müssen. Eine nationale Initiative fordert nämlich schweizweit die aktuelle St. Galler Lösung: Keine Bedienung von Gästen im Fumoir.

FRAGE DES TAGES

Soll die Juso für verunstaltete Plakate der politischen Gegner Schadenersatz zahlen?

(Stand: 18 Uhr, Anzahl Stimmen: 490)

Ja	73%
Nein	25%
Weiss nicht	2%

Die heutige Frage: Sollte die Bevölkerung über den Kredit für neue Kampffjets abstimmen können?

Stimmen Sie heute bis 18 Uhr ab im Internet unter: www.suedostschweiz.ch/umfragen

Sogar beim Umweltschutz spart der Kantonsrat

Der Kanton spart 60 Millionen Franken. Gestern bestätigte der Kantonsrat ein Sparpaket, das er bereits in der Februarsession geschnürt hatte. Die Politiker zeigten sich kompromisslos. Sogar bei den alternativen Energien wollen sie sparen.

Von Marc Allemann

St. Gallen. – Der Sparenthiasmus des St. Galler Kantonsrats bleibt auch in der Septembersession ungebrochen. Gestern verabschiedeten die Räte eine Sammelvorlage, dank der jährlich rund 28 Millionen Franken eingespart werden sollen. Die Appelle der Linken, nicht auf dem Buckel der sozial Schwächeren die Kantonskasse aufzubessern, verhallten ungehört. Weitere 29 Millionen spart der Kanton bei der Abgeltung an die stationäre Spitalbehandlung.

Stärker zur Kasse gebeten werden künftig die Gemeinden, die mehr an den öffentlichen Verkehr zahlen müssen. Auch bei den Ergänzungsleistungen will der Rat Gelder kürzen, einzelne Aufrufe zu mehr Solidarität stiessen auf taube Ohren.

Kompromiss bei Spitalbehandlung

Beim Anteil, den der Kanton in den nächsten Jahren an die Spitalbehandlungen zahlt, einigte sich der Kantons-

rat auf einen Kompromiss: Ab 2013 wird der Kantonsanteil bei Spitalbehandlungen schrittweise von 52 Prozent bis auf 55 Prozent ab dem Jahre 2016 erhöht. Damit werden Prämienzahler stärker entlastet, als ursprünglich vorgesehen.

Laut Finanzdirektor Martin Gehrer wird die Regierung im nächsten Frühling den zweiten Teil des Sparpakets vorlegen. Obwohl die Regierung den

Gürtel enger schnalle, werde ein Defizit von 30 Millionen für 2012 budgetiert. Dies trotz der Auflösung von Reserven, einer zehnprozentigen Steuererhöhung und einem Personalstopp.

Sparen beim Energiesparen

Dem Sparhammer zum Opfer fielen auch über zehn Vorstösse zum Thema «Energie». Nach einer regelrechten Schelte von Baudirektor Willi Haag

stimmten die Räte schliesslich einer Motion zu, die eine Verbesserung des Förderprogramms Energie für das nächste Jahr vorsieht. «Wir blamieren uns bis auf die Knochen, wenn wir nach Fukushima nicht unser Förderprogramm überdenken», hatte Haag vor der Abstimmung gesagt. Der Rat folgte dem Vorschlag der Regierung, wonach nur punktuelle Massnahmen im Energieförderprogramm für 2012 vorgesehen sind. Einzig die SVP-Fraktion stimmte gegen die Motion.

Chancenlos waren hingegen die meisten anderen Vorstösse, wie etwa eine Motion, die es der Regierung und den Energieversorgern im Kanton verboten hätte, sich an Unternehmen zu beteiligen, welche Atomkraftwerke unterstützen.

Vorstösse aus der Region

Nicht untätig während der letzten zwei Sessionstage waren die Kantonsräte aus der Region. Die FDP-ler Peter Zuberbühler (Gommiswald) und Marie-Theres Huser (Rapperswil-Jona) fragten die Regierung an, ob die Verlegung von Stromleitungen in den Boden besser vorausgeplant werden könne.

Yvonne Suter (CVP, Rapperswil-Jona) und Josef Kofler (SP, Uznach) haben Anträge verfasst, die bei der Gewaltprävention im Sport eine einheitliche Regelung für alle Kantone fordern. Diese Anträge werden in der heutigen Sitzung behandelt.



Warnender Finger: Baudirektor Willi Haag warnt die Kantonsräte davor, nach Fukushima auch beim Umweltschutz sparen zu wollen.

ANZEIGE

FDP
Die Liberale

Walter Locher
in den Nationalrat

Mehr Freiheit und Eigenverantwortung.
Aus Liebe zur Schweiz.
www.walterlocher.ch

LISTE 10.06